

Entwicklungspolitischer Rundbrief Nr. 17/1

Heike Hänsel

MdB DIE LINKE, entwicklungspolitische Sprecherin und Obfrau im Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung



Annette Groth

MdB DIE LINKE, menschenrechtspolitische Sprecherin und Obfrau im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe



Niema Movassat

MdB DIE LINKE, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung



Berlin, den 7.1.2010

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

nach erfolgreichem Bundestagswahlkampf zog DIE LINKE mit einem neuen und verstärkten Team in den Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (AWZ) ein. Heike Hänsel aus Baden-Württemberg bleibt entwicklungspolitische Sprecherin und übernimmt zusätzlich die Funktion der Obfrau. Neu für die Fraktion DIE LINKE im AWZ sind Niema Movassat aus Nordrhein-Westfalen und Annette Groth aus Baden-Württemberg, die zugleich menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion ist. Alle Kontaktdaten finden Sie auf der letzten Seite dieses Rundbriefs.

Der schwarz-gelbe Koalitionsvertrag zeigt an, dass sich unter der neuen Bundesregierung die Tendenz, Entwicklungspolitik in erster Linie unter dem Gesichtspunkt der Außenwirtschaftsförderung und militärstrategischer Erwägungen zu betreiben, noch verstärken wird. Die zivil-militärische Zusammenarbeit, ein Erbe der rotgrünen Regierung, soll laut Koalitionsvertrag ausdrücklich fortgesetzt und verstärkt werden. In Afghanistan ist sie spätestens nach dem Massaker von Kundus als Schwindel aufgefliegen. DIE LINKE wird sich weiterhin bemühen, einer für wirtschaftliche und geostrategische Zwecke instrumentalisierten Entwicklungspolitik ihre Alternativen einer solidarischen Nord-Süd-Kooperation entgegenzusetzen.

Wir wünschen Ihnen und euch ein erfolgreiches Jahr 2010, in dem wir hoffentlich gemeinsam viel erreichen können für die Befreiung von Hunger und Armut, Unterdrückung und Ausbeutung weltweit!

Heike Hänsel, Annette Groth, Niema Movassat, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Inhalt dieser Ausgabe:

Zur Generalaussprache im Deutschen Bundestag (ab S. 3):

Rede von Heike Hänsel (10.11.2009): Zivile Außenpolitik von unten entwickeln

Zur Debatte über den Bundeswehreinsatz in Afghanistan (ab S. 6):

Mahnwache für die Opfer des Bombenangriffs von Kundus (18.12.2009)

Mündliche Fragen und Nachfragen von Heike Hänsel und Niema Movassat zum Afghanistan-Einsatz und zum Massaker von Kundus (2. und 16.12.2009)

Zur Verlängerung des Bundeswehrmandats im Rahmen der Mission ATALANTA (ab S. 10):

Rede von Niema Movassat (16.12.2009): Somalia: Piraterie das Wasser abgraben – Militäreinsatz beenden

Zur Finanzierung für Ländliche Entwicklung (S. 12)

Mündliche Fragen von Niema Movassat (2.12.2009)

Zum Umgang mit dem Staatsstreich in Honduras (ab S. 13):

Antrag der Fraktion DIE LINKE (BT-Drs. 17/60): Demokratiebewegung in Honduras unterstützen - Wahlen der Putschisten nicht anerkennen!

Rede von Heike Hänsel (26.11.2009): Demokratiebewegung in Honduras unterstützen - Wahlen der Putschisten nicht anerkennen!

Dringliche Frage von Heike Hänsel und Antwort der Bundesregierung (2.12.2009) zur Anerkennung der illegitimen Wahlen in Honduras (mit anschließender Debatte)

Zur Menschenrechtspolitik (ab S. 20):

Rede von Annette Groth (4.12.2009): Menschenrechte dürfen nicht neoliberaler Freihandelspolitik geopfert werden

Antrag der Fraktion DIE LINKE (BT-Drs. 17/236): Nein zur Todesstrafe in den USA – Hinrichtung von Mumia Abu-Jamal verhindern

Rede von Annette Groth (18.12.2009): Nein zur Todesstrafe in den USA – Hinrichtung von Mumia Abu-Jamal verhindern

Zivile Außenpolitik von unten entwickeln

Heike Hänsel, entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, kritisiert in der Generalaussprache im Bundestag die außen- und entwicklungspolitische Ausrichtung der neuen Bundesregierung und formuliert die Alternativen der Linken:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Von einem neu gebackenen Entwicklungsminister hätte ich, ehrlich gesagt, erwartet, dass er sich in seiner ersten Rede vor allem mit der zum Himmel schreienden menschlichen Tragödie von mehr als 1 Milliarde hungernden Menschen beschäftigt und Vorstellungen darlegt,

(Hellmut Königshaus (FDP): Hat er doch gemacht! Haben Sie nicht zugehört?)

wie wir zur Lösung dieses Problems beitragen können und wo die Ursachen dieser großen menschlichen Katastrophe liegen, unter anderem in dem herrschenden Weltwirtschaftssystem. Dazu war sehr wenig zu hören. Er hat sich vor allem auf Interessen und Werte konzentriert, wovon heute schon den ganzen Tag über gesprochen wurde. Wir haben da einen gewissen Vorgeschmack auf das bekommen, was die Werte der FDP sind.

(Dr. Rainer Stinner (FDP): Sie haben ja keine!)

Ich komme in diesem Zusammenhang auf den Fall Honduras zu sprechen.

(Beifall des Abg. Wolfgang Gehrcke (DIE LINKE))

Im Juni dieses Jahres gab es den Putsch gegen eine progressive linke Regierung, die sich um eine Sozialpolitik in Honduras bemüht hat. Weltweit wurde dieser Putsch einhellig verurteilt.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Außer von der FDP!)

Was machte die FDP? Der Vertreter der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung sprach davon, dass es in Honduras gar keinen Putsch gegeben habe, obwohl der demokratisch gewählte Präsident aus dem Land entführt wurde. Hier in den Räumen des Bundestages gab es ein Treffen von einhelligen Unterstützern des Putsches in Honduras, zu dem von der Friedrich-Naumann-Stiftung eingeladen wurde.

(Zurufe von der LINKEN: Pfui! - Christian Lange (Backnang) (SPD): Das ist ein dicker Hund!)

Ich muss sagen, dass sich auch der neue Staatsminister Werner Hoyer positiv zu diesem Putsch geäußert hat. Ich erwarte eigentlich eine klare Stellungnahme zum Wert von Demokratie und zum Werteverständnis der FDP.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wenn so deutsche Außenpolitik aussieht, dann werden wir bald international isoliert sein; davon sprechen Sie ja auch sehr oft.

Insgesamt kann ich Ihnen nur raten - Sie sprechen ja auch von einer neuen Lateinamerikastrategie -, dass Sie nicht versuchen, neue Ansätze in Lateinamerika, linke, progressive Regierungen, die durch soziale Bewegungen an die Macht kamen, um Menschen an der Politikgestaltung zu beteiligen, die verfassungsgebende Prozesse ins Leben rufen, die eine neue Ökologie und Sozialpolitik entwickeln und Landreformen durchführen, als zukünftige Gegner auszurufen, weil dort Menschen direkt an neuen Ansätzen für die Lösung von Problemen beteiligt werden. Sie brauchen unsere Unterstützung und nicht den Angriff durch eine aggressive Freihandelspolitik unter anderem der Europäischen Union.

(Beifall bei der LINKEN)

In diesem Zusammenhang finde ich es auch interessant, dass Herr Kollege Raabe von der Linken, so kann man sagen, gelernt hat.

(Lachen bei der CDU/CSU und der FDP - Volker Kauder (CDU/CSU), an die SPD gewandt: Eine solche Beleidigung würde ich zurückweisen! - Widerspruch bei der SPD)

Wir haben in den letzten vier Jahren häufig darüber gesprochen, dass es auch einen Schutz für die Entwicklungsländer zur Entwicklung ihrer eigenen Wirtschaft braucht und wir daher mit einer Marktöffnungspolitik nicht weiterkommen. Er hat es vorhin explizit erwähnt; das freut mich. Es gibt hier einen Lernprozess. Ich bin gespannt, was wir da noch alles zu hören bekommen.

(Beifall bei der LINKEN - Widerspruch bei der SPD Claudia Roth (Augsburg) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nun hör aber auf!)

Ich möchte auf die Interessen eingehen, die oft benannt wurden und auch im Koalitionsvertrag stehen. Dort wird im Zusammenhang mit Entwicklungspolitik auf eine „engere Kooperation mit der deutschen Privatwirtschaft“ verwiesen. Ich frage mich: In welche Richtung wird dies gehen? Wir haben das schon erlebt. Der Bundesverband der Deutschen Industrie hat eine neue Rohstoffstrategie entwickelt. Er spricht von einer "Rohstoffdiplomatie", die gemeinsam mit der Außen-, Handels- und Entwicklungspolitik entwickelt werden muss, um den Zugang zu Rohstoffen zu verbessern; wir haben es heute von der Bundeskanzlerin gehört. Das geht in unseren Augen in die völlig falsche Richtung. Wir lehnen diese Form der "Rohstoffdiplomatie" völlig ab.

(Beifall bei der LINKEN)

Eine weitere Formulierung, die heute häufig bemüht wurde, ist die Kontinuität der deutschen Außenpolitik. Wenn ich mir die Realität der deutschen Außenpolitik anschau, kann man hinsichtlich der Kontinuität nicht davon sprechen, dass sie ein Beitrag zu Frieden und Entwicklung ist.

Ich fand es auch interessant, dass in der Regierungserklärung von Angela Merkel kein einziges Mal das Wort „Friedenspolitik“ vorkam. Im Koalitionsvertrag ist auch nicht von ziviler Konfliktbearbeitung, ziviler Konfliktlösung oder dem zivilen Friedensdienst die Rede. Diese Einrichtungen kommen überhaupt nicht vor, obwohl das eigentlich das Potenzial wäre, eine zivile Außenpolitik gemeinsam mit den Menschen von unten zu entwickeln. Das wäre für mich ein neuer Ansatz. Davon ist in Ihrem Vertrag nichts zu lesen.

(Beifall bei der LINKEN)

Im Gegenteil: Sehr oft bemüht die Kanzlerin auch Herr Niebel hat es heute explizit angesprochen den Begriff der vernetzten Sicherheit, der auch im Weißbuch der Bundeswehr auftaucht und in dem es unter anderem ich zitiere „um eine ... engere Integration politischer, militärischer, entwicklungspolitischer, wirtschaftlicher, humanitärer, polizeilicher ... Konfliktverhütung“ geht.

Hier werden die Grenzen zwischen Zivilem und Militärischem völlig verwischt. Es gibt im Grunde genommen nur noch einen einzigen Blick, und das ist der sicherheitspolitische Blick für globale Probleme. Das heißt, Migration und Klimawandel werden mittlerweile unter sicherheitspolitischen Aspekten bewertet, obwohl es eigentlich globale Probleme sind, die ökonomischer und sozialer Natur sind. Das ist ganz klar ein Beitrag zur Militarisierung der Außen- und Entwicklungspolitik. Das werden wir wie bisher ablehnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir brauchen diese Militarisierung nicht. Sie ist katastrophal. In Afghanistan erleben wir es in der zivil-militärischen Zusammenarbeit. Man kann sagen: Sie ist der Totengräber der Entwicklungszusammenarbeit. Viele Entwicklungsorganisationen beklagen sich, dass der zivil-militärische Ansatz sie zur Zielscheibe von Angriffen in Afghanistan gemacht hat und dass dieser Ansatz Entwicklung unmöglich gemacht hat.

(Elke Hoff (FDP): Es gibt auch andere Meinungen!)

Das heißt, mehr Soldaten bedeuten eben nicht automatisch mehr Sicherheit. In vielen Regionen bedeuten mehr Soldaten mehr Unsicherheit für die Entwicklungsorganisationen.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In unseren Augen ist es deshalb wichtig, nach acht Jahren Krieg mit einer katastrophalen entwicklungspolitischen Bilanz Afghanistan ist nach wie vor das viertärmste Land der Erde von diesem Ansatz wegzukommen. Der Abzug der Bundeswehr ist die Voraussetzung für eine soziale und friedliche Entwicklung in diesem Land. In meinen Augen gibt es keine bessere Zeugin dafür als Malalai Joya, eine mutige Parlamentarierin, die wir mehrmals eingeladen haben. Sie hat ein neues Buch geschrieben: Ich erhebe meine Stimme. Darin können Sie lesen, wie die Lebensrealität der Menschen, insbesondere der Frauen, vor Ort aussieht. Ich möchte dieses Buch gerne dem neuen Außenminister, Herrn Westerwelle, der leider gerade nicht zuhört, überreichen. Es ist nämlich ein sehr interessantes Buch. Malalai Joya schreibt darin über die Lebensrealität der Menschen. So erfährt man mehr, als wenn man mit der Bundeswehr für drei Tage in dieses Land fliegt. Daraus könnten wir einen sehr guten Politikansatz entwickeln.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der LINKEN Abg. Heike Hänsel (DIE LINKE) übergibt Außenminister Dr. Guido Westerwelle ein Buch - Hartwig Fischer (Göttingen) (CDU/CSU): Ist das mit Widmung? - Dr. Guido Westerwelle, Bundesminister: Es fehlt die Widmung!)

Mahnwache für die Opfer des Bombenangriffs von Kundus

Mitglieder der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag, u.a. die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Uli Maurer und Jan van Aken, und Vertreter der Friedensbewegung nahmen an der Gedenkaktion für die afghanischen zivilen Opfer in Kundus am Freitag, den 18.12.2009, von 13-14 Uhr vor dem Bundeskanzleramt teil. Diese Mahnwache sollte auch die Bundeskanzlerin ermahnen, ihrer Verantwortung für die getöteten Menschen und deren Angehörigen gerecht zu werden durch ein längst überfälliges Zeichen der Trauer und des Mitgefühls.

Durch den Luftschlag der Nato am 4. September 2009 wurden in Kundus/Afghanistan nach offiziellen Angaben mindestens 142 Menschen getötet, darunter befinden sich fast nur zivile Opfer. Ihnen wurde bisher in der Öffentlichkeit und der politischen Auseinandersetzung wenig Aufmerksamkeit für Gedenken und Trauer gegeben.

Diesen Menschen wurde auf Befehl eines deutschen Militärs das Leben genommen. Die Bundeskanzlerin und ihre Regierung tragen die politische Verantwortung für diesen menschenverachtenden Militärschlag.

Die Bevölkerung in Deutschland ist in der überwiegenden Mehrheit gegen diesen Krieg in Afghanistan. DIE LINKE fordert die Kanzlerin auf, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen: Die Bundeswehr muss aus Afghanistan abziehen!



Heike Hänsel, Annette Groth und Niema Movassat beteiligten sich an der Mahnwache für die Opfer des Massakers von Kundus

Nachfrage der Abgeordneten Heike Hänsel (DIE LINKE) und Antwort des Parl. Staatssekretärs Christian Schmidt in der Fragestunde am 2. 12.2009:

Herr Staatssekretär, ich denke, Fakt ist auf alle Fälle, dass sowohl die Bundeswehr als auch die Bundesregierung die Verantwortung für eine hohe Zahl ziviler Opfer in Afghanistan übernehmen müssen. In diesem Zusammenhang möchte ich Sie fragen: Können Sie einen Bericht des Spiegel vom Montag, den 30. November 2009, bestätigen, nach dem ein Anwalt, der sich mit den Angehörigen der Opfer in Afghanistan in Verbindung gesetzt hat und die Interessen dieser Opfer – Stichwort: Entschädigungen – vertreten möchte, mit dem Verteidigungsministerium in Kontakt getreten ist und an das Bürgertelefon verwiesen wurde?

Wenn das so ist: Gibt es vonseiten des Verteidigungsministeriums mittlerweile einen direkten Kontakt zu diesem Anwalt?

Christian Schmidt, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung: Vielen Dank. – Zu dieser Frage möchte ich zwei Punkte sagen. Erstens. Der Name des Anwalts ist mir gerade nicht geläufig. Sie beziehen sich vermutlich auf den Bremer Anwalt, der in Afghanistan, in Kunduz gewesen ist. Dieser Anwalt hat sich nach meiner Kenntnis zwischenzeitlich schriftlich an das Bundesministerium der Verteidigung gewandt und steht hierüber in Korrespondenz. Zweitens. Der erste Kontakt – ich gebe das jetzt nur nachrichtlich wieder, beantworte Ihnen die Frage aber gern noch schriftlich, falls ich sie jetzt nicht ganz präzise beantworte, weil ich mich nur auf meine Erinnerung stütze – fand statt, als sich der betreffende Anwalt in Kunduz unter den Schutz der Bundeswehr begeben hat. Weil eine gewisse Gefährdung für ihn befürchtet worden war, wurde er nach meiner Erinnerung im Feldlager Kunduz aufgenommen. Mir ist allerdings nicht bekannt, inwieweit er sich bei der Vertretung der von ihm benannten Opfer des Angriffes zum konkreten Vorgang eingelassen hat. Ich vermute, er hat es wohl eher nicht getan; denn die Ansprechpartner waren wohl nicht in Kunduz, sondern in Berlin. Ich darf bei dieser Gelegenheit sagen, dass die Tatsache, dass es zivile Opfer gegeben hat – es deutet sehr viel darauf hin; man muss also davon ausgehen –, nicht nur Bedauern auslöst, sondern dass in einem solchen Fall auch die Praxis herrscht, sich um die Hinterbliebenen zu kümmern.

Antwort der Parl. Staatssekretärin Gudrun Kopp auf die Frage der Abgeordneten Heike Hänsel (DIE LINKE) (Drucksache 17/83, Frage 27):

Wie will die Bundesregierung auf die von deutschen und afghanischen Entwicklungsorganisationen seit Jahren und zuletzt auf der Afghanistan-Konferenz des Dachverbands VENRO am 24. November 2009 in Berlin geäußerte Kritik reagieren, dass zivile Aufbauhilfe in Afghanistan vor allem dort eingesetzt werde, wo ausländisches Militär stationiert sei und militärische Auseinandersetzungen geführt würden, und nicht dort, wo der größte Bedarf bestehe, dies angesichts der Ankündigung des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dirk Niebel, den Aufwuchs an ziviler Aufbauhilfe in den Distrikten – Nordafghanistan – zu konzentrieren, in denen die Bundeswehr bzw. deutsche Provincial Reconstruction Teams stationiert sind?

Die afghanische Regierung, die Vereinten Nationen und auch deutsche und afghanische Entwicklungsorganisationen fordern einen stärkeren zivilen Mitteleinsatz unter anderem für Nord-Afghanistan, insbesondere im Vergleich zum Süden und Osten des Landes. Dem kommt die Bundesregierung nach, indem sie ihr Wiederaufbau- und Entwicklungsengagement bereits seit Jahren auf Nord-Afghanistan fokussiert und auch 2009/10 zusätzliche Mittel für den Norden bereitstellt. Die afghanische Regierung begrüßt die regionale Schwerpunktsetzung der afghanisch-deutschen Entwicklungszusammenarbeit im Norden Afghanistans ausdrücklich. Darüber hinaus unterstützen wir aber auch andere Regionen Afghanistans und landesweite Programme.

Nachfrage der Abgeordneten Heike Hänsel (DIE LINKE) und Antwort des Parl. Staatssekretärs Christian Schmidt in der Fragestunde am 16.12.2009:

Ich möchte gerne nachfragen, ob die Bundesregierung nur die konkreten Informationen, also das Wissen, hinsichtlich des Verhaltens von Oberst Klein und der Bombardierung hatte und ob dies die Folge eines Strategiewechsels gewesen ist, der unter Billigung des Bundeskanzleramtes entschieden wurde. Gab es einen Strategiewechsel in Afghanistan bezüglich der dort stationierten Truppen?

Christian Schmidt, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung: Nein.

Herr Staatssekretär, zu der Antwort, die Sie meinem Kollegen Gehrcke gegeben haben, möchte ich bemerken: Wir gehen nach wie vor davon aus, dass wir in der Bundesrepublik ein Parlamentsheer haben. Wenn das Parlament bei entscheidenden Fragen überhaupt nicht mehr informiert wird, dann ist das eine Aushöhlung der Rechte des Parlaments. Das macht uns auch in der Bevölkerung unglaubwürdig. Dort schwindet der Glaube an diese demokratische Verfasstheit, wenn das Parlament bei solch zentralen Fragen nicht umfassend informiert wird. Deswegen insistieren wir hier auch und haken wir so nach.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir machen uns in unseren Wahlkreisen lächerlich,

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Was macht ihr denn da?)

wenn wir gefragt werden, ob wir von diesem oder jenem etwas wussten, und wir immer nur sagen können: Nein, wir haben überhaupt keine Ahnung. – So sieht es aus.

(Zurufe von der CDU/CSU: Frage! – Wo ist die Frage?)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse: Kollegin Hänsel, haben Sie noch eine Frage?

Heike Hänsel (DIE LINKE): Ja, ich habe eine ganz konkrete Frage.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Zurufe von der CDU/CSU: Oh!)

– Sie müssten auch ein Interesse daran haben, dass Ihre Rechte nicht ausgehöhlt werden. Wenn Sie sich hier entmündigen lassen, dann ist das Ihr Problem.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse: Frau Kollegin Hänsel, haben Sie eine Nachfrage?

Heike Hänsel (DIE LINKE): Ja, ich möchte gerne nachfragen. – Sie haben mehrere Vorfälle mit Tanklastwagen geschildert, die entführt worden seien und umgebaut würden.

Christian Schmidt, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung: Entschuldigung: sind.

Heike Hänsel (DIE LINKE): Sie sind umgebaut worden. – Meine Frage lautet: Wie sah der konkrete Schutz dieser Tanklastwagen aus? War er angemessen, ausreichend? Ich habe unterschiedliche Informationen darüber erhalten. Gab es einen ausreichenden militärischen Schutz für diese Tanklastwagen, und wie sah er konkret aus? Wenn nein, warum nicht?

Christian Schmidt, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung: Frau Kollegin Hänsel, gestatten Sie mir, zum Ersten zu sagen: Die Bundeswehr ist selbstverständlich ein Parlamentsheer. Das heißt aber nicht, dass jeder Oberst vom Deutschen Bundestag einen Befehl erhalten kann – um das einfach einmal auseinanderzuhalten –;

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Sie sitzen auch nicht über jeden Oberst Gericht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wenn Sie sich die politischen Grundlagen und die konstitutive Verantwortung gemäß dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 20. Juni 1994 und anderen Urteilen sowie dem Parlamentsbeteiligungsgesetz anschauen, dann werden Sie erkennen, dass die Bundesregierung jedem dieser Ansprüche zu 100 Prozent Folge leistet. Durch die Koalitionsvereinbarung haben wir auch noch den Auftrag erhalten, uns mit einer schnelleren und präziseren Information des Bundestages mittels eines eigenen Gremiums auseinanderzusetzen. Ich empfehle Ihnen, sich von Ihren Kolleginnen und Kollegen, die dem Deutschen Bundestag schon länger angehören, darlegen zu lassen, wie der Informationsstand des Deutschen Bundestages hinsichtlich der Einsätze vor zehn Jahren ausgesehen hat. Dieser wurde in einer nicht formalisierten Art und Weise vermittelt.

Zweitens kann ich Ihre Frage nicht beantworten, weil ich nicht weiß, wie viele Tanklastfahrzeuge in Afghanistan unterwegs sind und welches Tanklastfahrzeug Sie wo gemeint haben. Wenn Sie der Meinung wären, jeder Tanklastwagen in Afghanistan werde von einem gepanzerten Konvoi begleitet, dann kann ich Ihnen sagen, dass das nicht der Fall ist. Das weiß ich aus sicherer Kenntnis.

Antwort des Parl. Staatssekretärs Christian Schmidt auf die dringliche Frage des Abgeordneten Niema Movassat (DIE LINKE) (Drucksache 17/205, dringliche Frage 10):

Waren am 3./4. September 2009 im Regionalen Wiederaufbauteam, PRT: Provincial Reconstruction Team, in Kunduz US-Streitkräfte anwesend und beteiligt an der Koordination der Operation zur Zerstörung der Tanklastwagen?

Nein.

Antwort der Parl. Staatssekretärin Gudrun Kopp auf die Frage des Abgeordneten Niema Movassat (DIE LINKE) (Drucksache 17/191, Frage 77):

Welche konkreten verbesserten Maßnahmen will der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dirk Niebel, gegen den Mohnanbau ergreifen angesichts der Tatsache, dass eine umfassende Verhinderung des Drogenanbaus in Afghanistan von Experten als unmöglich eingestuft wird, und auf welche Art und Weise soll dann ein Abzug der Bundeswehr möglich werden, wenn für ihn, wie im Interview mit der Süddeutschen Zeitung am 4. Dezember 2009 angegeben, die Bedingung für einen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan ist, „dass die Menschen den Lebensunterhalt ohne Drogenanbau verdienen können“, weil es sonst „...keine dauerhafte Sicherheit und Selbstständigkeit der Afghanen geben wird“?

Hauptgründe für den Mohnanbau sind die schlechte Sicherheitslage verbunden mit einer schwachen staatlichen afghanischen Struktur, insbesondere in der Prävention und Strafverfolgung. Die weitverbreitete Korruption sowie Kriminalität und Armut tragen zudem zu einer Verschärfung des Mohnanbauproblems bei. Flankierend zur nationalen afghanischen Drogenbekämpfungsstrategie, National Drug Control Strategy, NDCS, setzt die Bundesregierung zum einen auf die Ausbildung und Ausstattung von afghanischen Institutionen der Drogenbekämpfung, insbesondere der Polizei. Zum anderen unterstützt die Bundesregierung gezielte Programme zur Schaffung alternativer Einkommensquellen, Alternative Livelihoods, in ehemals vom Drogenanbau betroffenen Distrikten in den Provinzen Kandahar, Baghlan, Takhar, Badakhshan und Nangahar.

Daneben werden durch Programme zur Verbesserung der ländlichen Basisinfrastruktur und der Mikrokreditvergabe (ländliche) Wirtschaftskreisläufe wiederbelebt und dadurch Einkommen für die afghanische Bevölkerung geschaffen. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit stützt sich dabei zukünftig verstärkt auf die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion (Ackerbau und Viehhaltung) zur Eigenversorgung sowie zur Belieferung der lokalen, nationalen und internationalen Märkte.

Zudem unterstützt die Bundesregierung nationale afghanische Programme wie das „National Solidarity Programme“ zur Förderung der Dorf- und Gemeindeentwicklung. Diese Programme tragen dazu bei, die bäuerlichen Betriebs- und Haushaltssysteme zu stärken, um damit deren Abhängigkeit gegenüber der Drogenökonomie langfristig zu reduzieren.

Somalia: Piraterie das Wasser abgraben – Militäreinsatz beenden

Niema Movassat (DIE LINKE) in der Debatte um den Bundeswehreinsatz im Rahmen der Mission ATALANTA zur Piratenbekämpfung am Horn von Afrika:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Wenn wir alle Schiffe, die dieses Gebiet durchfahren, effektiv schützen wollten, dann wären alle Armeen dieser Welt nicht ausreichend. Dieses Zitat stammt nicht etwa aus einem Antrag der Linksfraktion, sondern aus einer Präsentation der EU. Es verdeutlicht die ganze Sinnlosigkeit der Operation „Atalanta“. Laut dem International Maritime Bureau ist die Zahl der Piratenangriffe trotz Militärpräsenz weiter gestiegen. Die Piraten haben ihre Angriffe regional ausgeweitet und sind gewaltsamer geworden. Die Gewaltspirale dreht sich demnach mit zunehmender Militärpräsenz weiter.

(Beifall bei der LINKEN)

Anstatt weiter Geld in eine sinnlose Militäroperation zu pumpen, sollte sich die Bundesregierung endlich mit den Ursachen der Piraterie beschäftigen.

(Beifall bei der LINKEN)

Selbst das von der EU ins Leben gerufene Maritime Security Center benennt die Überfischung somalischer Gewässer durch internationale, oft illegale Fischfangflotten sowie die Giftmüllverklappung als auslösende Faktoren für die Piraterie am Horn von Afrika. So wird den somalischen Fischern jeden Tag ein weiteres Stückchen ihrer Existenzgrundlage entzogen. Machen wir es konkret: Da ist ein Fischer, der muss Frau und Kinder versorgen. Fangen tut er nichts mehr; denn das Meer ist leer gefischt oder die Fische sind vergiftet. Wovon sollen er und seine Familie morgen leben? So erscheint Piraterie einigen tragischerweise als ein Ausweg. Natürlich ist Piraterie ein Verbrechen, die Zerstörung der Existenzgrundlage von Zehntausenden Fischern aber ebenfalls.

(Beifall bei der LINKEN)

450 Millionen Dollar hat Somalia im Jahr 2008 durch Raubfischerei verloren. Hinzu kommen finanzielle Schäden durch illegale Giftmüllentsorgung. Laut UN geht es hierbei sogar um radioaktive Stoffe und Schwermetalle. Viele der Raubfischer und Giftmüllentsorger sind Staatsbürger der EU. Wenn Sie, Herr Westerwelle er ist nicht mehr da tatsächlich etwas für die Sicherheit und die Menschen am Horn von Afrika tun wollen, dann gehen Sie endlich gegen diese Kriminellen vor.

(Beifall bei der LINKEN)

Im April dieses Jahres kündigte die EU-Kommission an, sich verstärkt um die Strafverfolgung von Raubfischern aus EU-Ländern zu kümmern. Was ist daraus geworden? Was treibt die EU und die Bundesregierung also um, Kriegsschiffe im Rahmen einer zum Scheitern verurteilten Militärmission zu entsenden?

(Hartwig Fischer (Göttingen) (CDU/CSU): Das ist doch zynisch!)

Mir scheint, dass die Sicherung von Handelswegen für die Bundesregierung zum Verteidigungsfall Nummer eins geworden ist und dass sie Angriffe von Piraten auf deutsche Handelsschiffe als Kriegserklärung wertet. Angeblich geht es bei „Atalanta“ ja um den Weltfrieden. Doch dass ein bettelarmes Land ein Vielfaches dessen, was europäische Handelsschiffe durch die Zahlung von Lösegeld verlieren, durch illegalen Fischfang verliert, scheint für die Bundesregierung ohne Belang zu sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie mögen einwenden, dass die Schiffe des Welternährungsprogrammes geschützt werden müssen. Diese Schiffe ließen sich besser durch zivilen Geleitschutz sichern. Investieren Sie die Gelder für den Militäreinsatz lieber in die Regenerierung der Gewässer und in Unterstützung für die somalischen Fischer. Sie werden sehen: Wenn die Menschen wieder die Möglichkeit haben, ihren Lebensunterhalt legal zu verdienen, wird die Piraterie nachlassen.

(Hartwig Fischer (Göttingen) (CDU/CSU): Das ist doch töricht! Die Piraterie liegt doch am fehlenden Rechtsstaat in Somalia!)

Ein letzter Punkt: Bei „Atalanta“ geht es auch um die weitere Vorantreibung der Übernahme polizeilicher Aufgaben durch das Militär, also um die Auflösung der grundgesetzlich verankerten strikten Trennung dieser beiden Kräfte. Dies lehnen wir kategorisch ab. Wir bezeichnen den Militäreinsatz schon heute als unangemessen. Wir fordern das Ende der deutschen Beteiligung an „Atalanta“. Deshalb wird die Linke gegen den Antrag der Bundesregierung stimmen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Antwort der Parl. Staatssekretärin Gudrun Kopp auf die Frage des Abgeordneten Niema Movassat (DIE LINKE) (Drucksache 17/83, Frage 28):

Für welche Bereiche genau soll die Entwicklungshilfe in Höhe von 700 Millionen Euro im Jahr eingesetzt werden, welche das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, BMZ, für die Entwicklung des ländlichen Raums zur Verfügung stellen will, wie der Abteilungsleiter für globale und sektorale Aufgaben, europäische und multilaterale Entwicklungspolitik im BMZ, Adolf Kloke-Lesch, auf einer Veranstaltung der Deutschen Welthungerhilfe e. V. am 26. November 2009 angekündigt hat, und wofür sollen die von Bundesminister Dirk Niebel von der Bundesregierung zusätzlich zum Budget des BMZ geforderten 300 Millionen Euro verwendet werden?

Der Betrag von 700 Millionen Euro pro Jahr für die kommenden drei Jahre ergibt sich aus den Zusagen der Bundesregierung auf dem G8-Gipfel in L'Aquila, die die Bundesregierung vor allem über bilaterale Zusammenarbeit und auch über multilaterale Institutionen umsetzen wird. In der Erklärung zur Ernährungssicherheit des G8-Gipfels von L'Aquila haben die Unterzeichner inhaltliche Schwerpunkte für ein gemeinsames Vorgehen zur Überwindung der Ernährungskrise vereinbart. Dieser sieht vor allem Maßnahmen im Bereich der nachhaltigen Steigerung der Agrarproduktion, der guten Regierungsbildung, der Privatsektorförderung, der an Kleinbauern und Frauen orientierten Förderung, des Schutzes der natürlichen Ressourcen, der Forschung und Ausbildung sowie der Minderung von Nachernteverlusten vor. In Anwendung der in Paris und Accra vereinbarten Grundsätze für eine wirksame Entwicklungszusammenarbeit folgt darüber hinaus, dass die jeweiligen Schwerpunkte bilateraler Maßnahmen gemeinsam mit den Partnern vereinbart werden müssen.

Die vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zusätzlich zu den Ansätzen des ersten Regierungsentwurfs für den Haushalt 2010 angemeldeten Mehrbedarfe sind Gegenstand der momentan laufenden, regierungsinternen Haushaltsverhandlungen.

Antwort der Parl. Staatssekretärin Gudrun Kopp auf die Frage des Abgeordneten Niema Movassat (DIE LINKE) (Drucksache 17/83, Frage 29):

Wie will das BMZ in der 17. Wahlperiode eine größere Kohärenz zwischen Entwicklungs- und Handelspolitik gewährleisten angesichts der Tatsache, dass die Subventionen für EU-Agrarprodukte eine Entwicklung eigenständiger Landwirtschaften in vielen Entwicklungsländern immer noch verhindern?

Die Gründe für die mangelhafte Entwicklung eigenständiger Landwirtschaften in vielen Entwicklungsländern sind vielfältig. Insbesondere schlechte Regierungsführung, fehlende Investitionen und eine Vernachlässigung des ländlichen Raums sind die Hauptursachen. Allerdings benötigen diese Länder auch im internationalen Handel faire Rahmenbedingungen. Die die Bundesregierung tragenden Parteien haben sich im Koalitionsvertrag darauf festgelegt, sich für einen schnellen und entwicklungsorientierten Abschluss der Welthandelsverhandlungen einzusetzen.

Im Übrigen äußert sich der Koalitionsvertrag dazu ausführlich. Zudem setzt sich die Bundesregierung dafür ein, dass gerade ärmere Entwicklungsländer auch weiterhin ihre Agrarmärkte vor subventionierten Agrarprodukten schützen können. So wurden zum Beispiel in den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Entwicklungs- und Handelsabkommen der EU mit AKP-Staaten) Schutzklauseln zum Schutz des nationalen Agrarmarktes eingeführt. Weiterhin sind im Rahmen dieser Abkommen große Teile des Agrarmarktes in WTO-rechtlich zulässigem Umfang von der Liberalisierung ausgenommen.

Demokratiebewegung in Honduras unterstützen – Wahlen der Putschisten nicht anerkennen

Antrag der Abgeordneten Heike Hänsel, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Dieter Dehm, Wolfgang Gehrcke, Annette Groth, Inge Höger, Andrej Hunko, Harald Koch, Stefan Liebich, Niema Movassat, Paul Schäfer, Thomas Nord, Alexander Ulrich, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE. (BT-Drucksache 17/60)

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Bundestag stellt fest:

Der am 28. Juni 2009 in Honduras erfolgte Staatsstreich, in dessen Verlauf der rechtmäßige honduranische Präsident Manuel Zelaya von der Armee festgenommen und gegen seinen Willen ins Ausland gebracht worden war, wurde von der internationalen Staatengemeinschaft einhellig verurteilt.

Angesichts der Berichte honduranischer und internationaler Menschenrechtsorganisationen über die massive Repression, mit der die Putschregierung in Honduras der Demokratiebewegung begegnet, tausende willkürliche Verhaftungen, den Einsatz physischer Gewalt gegen Demonstrantinnen und Demonstranten bis hin zu Mord und Folterungen ist von der deutschen Außenpolitik ihr aktiver Einsatz für die grundlegenden Menschenrechte in Honduras gefordert. Eine Normalisierung oder Gewöhnung im Umgang mit der honduranischen Putschregierung darf nicht zugelassen werden.

Dazu gehört insbesondere, dass die am 29. November 2009 stattfindenden Präsidentschaftswahlen keinerlei internationale Unterstützung oder Anerkennung erfahren dürfen. Diese Wahlen werden unter illegitimen Bedingungen vorbereitet und von Repression und Einschüchterung begleitet. Sie sollen der Legitimierung des Staatsstreichs dienen. Dies wurde umso deutlicher, als die Putschregierung jegliche Versuche, eine Verhandlungslösung herbeizuführen, unterlaufen, ein Abkommen zur Einsetzung einer Übergangsregierung und Wiedereinsetzung des Präsidenten gebrochen und damit ihren unbedingten Willen demonstriert hat, die Macht nicht aus den Händen zu geben.

Die honduranische Demokratiebewegung lehnt die Wahlen deshalb ab und ruft zum Boykott auf. Die verfassungsgemäße Regierung von Honduras hat die internationale Staatengemeinschaft aufgerufen, unter den gegebenen Bedingungen Wahlen in Honduras und deren Ergebnisse nicht anzuerkennen sowie jegliche finanzielle und technische Unterstützung für den Wahlprozess zu verweigern. Dies wäre eine wichtige Voraussetzung für den erfolgreichen Kampf um die Wiederherstellung der Demokratie in Honduras.

Auch nach den Wahlen darf die Staatengemeinschaft in ihrem Druck auf die illegitime Regierung nicht nachlassen. Sie muss durch konkrete Maßnahmen einen Beitrag dazu leisten, dass der rechtmäßige Präsident Zelaya in sein Amt zurückkehren kann und dass unter einer legitimen Regierung transparente, demokratische Neuwahlen vorbereitet werden können.

Auch die Bundesregierung muss dazu aktiv beitragen und auf diese Weise die Demokratiebewegung in Honduras unterstützen, die mutig gegen den Putsch aufbegehrt und auf die Straße geht, um die Rückkehr Zelayas zu fordern. Manuel Zelaya ist der demokratisch gewählte und rechtmäßige Präsident seines Landes. Der Deutsche Bundestag fordert seine sofortige Rückkehr in sein Amt.

Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Präsidentschaftswahlen, die am 29. November 2009 in Honduras stattfinden sollen, und ihre Ergebnisse nicht anzuerkennen und keine finanzielle, logistische und politische Unterstützung für den Wahlprozess zu leisten;

2. sich dafür einzusetzen, dass auch von Seiten der Europäischen Union oder anderer Mitgliedstaaten der EU sowie seitens anderer Staaten und Staatengruppen keine Unterstützung oder Anerkennung für die Wahlen erfolgt, und dass die nach Honduras entsandten Vertreter der EU mit Menschenrechtsorganisationen zusammenarbeiten und Menschenrechtsverstöße im Kontext der Wahlen dokumentieren und verurteilen;
3. politische Initiativen zu ergreifen, die eine friedliche Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung unterstützen und dazu beitragen, die Vorbereitung transparenter und demokratischer Wahlen durch die legitime Regierung zu ermöglichen;
4. gegenüber der honduranischen Putschregierung die Einhaltung grundlegender Menschenrechte wie des Versammlungsrechts und des Rechts auf Meinungsäußerung einzufordern und gegen Folter einzutreten;
5. sich in der EU dafür einzusetzen, dass die Assoziierungsverhandlungen der EU mit Zentralamerika insgesamt ausgesetzt bleiben, solange die rechtmäßige Regierung von Honduras nicht wieder im Amt ist;
6. die „Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit“ dafür zu verurteilen, dass sie den Staatsstreich in Honduras politisch unterstützt hat.

Rede im Bundestag, 26.11.2009

Demokratiebewegung in Honduras unterstützen - Wahlen der Putschisten nicht anerkennen!

Heike Hänsel, entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, verlangt von Außenminister Westerwelle und Entwicklungsminister Niebel (beide FDP) eine klare Stellungnahme zum Staatsstreich in Honduras und zur unterstützenden Haltung der FDP-nahen Naumann-Stiftung. DIE LINKE beantragt gemeinsam mit den Grünen, die von der Putschregierung unter illegitimen Bedingungen durchgeführte Präsidentschaftswahl am kommenden Sonntag nicht anzuerkennen.

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Stinner, ich muss Ihnen wirklich sagen: Das, was Sie hier gerade ausgeführt haben, lässt bezüglich des Demokratieverständnisses der FDP tief blicken.

(Beifall bei der LINKEN - Widerspruch bei der FDP)

Es ist überfällig, dass einer Ihrer Minister - ich begrüße Sie, Herr Westerwelle - eine Stellungnahme zu diesem Vorfall abgibt. Ich habe schon einmal angemahnt, dass es keine Stellungnahme von Minister Westerwelle oder Minister Niebel zu diesem Vorfall oder auch der jetzt wieder bestätigten Einschätzung des Putsches in Honduras gibt. Das ist in meinen Augen ein Skandal. Da ist eine Stellungnahme Ihrerseits überfällig.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Stinner, Sie haben den Vorgang wiederholt falsch dargestellt; die Friedrich-Naumann-Stiftung tut dies auch ständig. Es gibt und gab keine Verfassungskrise in Honduras. Präsident Zelaya wollte eine Volksbefragung durchführen, die per Gesetz möglich ist. Es wurden 400 000 Unterschriften gesammelt. Damit war das Quorum erfüllt, um eine Volksbefragung durchzuführen. Diese sollte dann darüber befinden, ob das Parlament über eine Abstimmung für eine verfassungsgebende Versammlung debattiert und ob zu den Wahlen eine weitere Urne aufgestellt werden soll.

Das heißt, er hat sich also für Volksdemokratie und Volksmitbestimmung eingesetzt. Sie allerdings verurteilen, dass hier eine direkte Mitbestimmung organisiert werden soll.

(Widerspruch bei der FDP)

Das ist ein absolutes Unding. Das war rechtmäßig. Hier fordern Sie, dass wir Referenden und mehr direkte Demokratie brauchen. Das können Sie vergessen, wenn Sie es schon Honduras nicht zugestehen wollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Man muss sich das einfach noch einmal vorstellen: Hier wird ein legitimierter Präsident, ein demokratisch gewählter Präsident entführt. Sie sprechen immer von einer Ausweisung. Er wurde in einer Nacht-und-Nebel-Aktion entführt, sitzt jetzt seit Wochen in der brasilianischen Botschaft und wartet darauf, dass er wieder in seine rechtmäßige Position eingesetzt wird. Aber die Friedrich-Naumann-Stiftung vor Ort unterstützt auch noch die Putschisten und spricht davon, dass es eine Legende sei, überhaupt von einem Putsch zu reden. Nicht nur die Friedrich-Naumann-Stiftung vor Ort tut das, auch Herr Gerhardt zum Beispiel hat Zelaya die moralische Autorität abgesprochen. Wo gibt es denn so etwas? Auch dazu hätte ich gerne eine Stellungnahme von Ihnen, Herr Gerhardt. Wie kommen Sie überhaupt zu so einer Beurteilung? Das steht Ihnen überhaupt nicht zu.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Hoppe hat dankenswerterweise den Brief der Exstipendiaten der Friedrich-Naumann-Stiftung erwähnt. Ich möchte Ihnen daraus zwei Sätze vorlesen.

(Volker Kauder (CDU/CSU): Genehmigung!)

Ich zitiere:

"Wo sind die Menschenrechte, welche die Friedrich-Naumann-Stiftung zu verteidigen behauptet, während sie sich in Honduras auf eine Verschwörung mit den Putschisten einlässt

(Philipp Mißfelder (CDU/CSU): Ach!)

und ihnen - entgegen der Position der Mitgliedsstaaten der UNO, der Organisation Amerikanischer Staaten und der Europäischen Union - Hilfe angedeihen lässt? ... Wir wissen nicht, wie es in Deutschland aufgefasst wird, dass die Fonds der Stiftung unter anderem dafür verwendet werden, eine Reise von Putschisten und Menschenrechtsverletzern nach Europa zu finanzieren oder einen Wahlprozess in Honduras zu unterstützen, der die wahrhaftige Ausübung der demokratischen Rechte nicht garantiert."

Das sind klare Worte.

(Beifall bei der LINKEN)

Das steht im Einklang mit unseren Anträgen, Herr Barthel. Wir haben die Forderung der Demokratiebewegung in Honduras aufgegriffen, die ständig E-Mails schickt und sehr in Bedrängnis ist. Jetzt erst wurde wieder ein Anführer der Demokratiebewegung, ein 56-jähriger Lehrer, ermordet. Die Demokratiebewegung braucht dringend unsere Solidarität. Sie fordert ganz klar die Nichtanerkennung dieser Wahlen. Wir brauchen Zeit, um neue Wahlen durchführen zu können. Dann muss man sehen, ob sie unter dem Präsidenten Zelaya durchgeführt werden, was immer noch möglich wäre, oder ob man einen anderen Vorschlag macht und sie unter der Kontrolle der Vereinten Nationen durchführt.

Was aber nicht geht - da sind Sie, Herr Barthel, inkonsequent -, ist, zu sagen: Eigentlich sind die Zustände katastrophal, man darf nicht zum Wahlboykott aufrufen, Menschen, die gegen diese Wahl sind, werden systematisch verfolgt. - Die Armee ist mit der Durchführung der Wahlen beauftragt worden. All das sind unrechtmäßige Zustände. Gleichzeitig aber sagen Sie: Man muss einmal sehen, was dabei herauskommt, wir können uns aber nicht entschließen, diese Wahlen nicht anzuerkennen. - Es ist ganz klar: Es können keine demokratischen Wahlen unter diesen Bedingungen stattfinden. Hier sind alle aufgerufen, deswegen diese Wahlen nicht anzuerkennen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zum Schluss möchte ich sagen: Es ist wichtig, dass auch die Bundesregierung Stellung bezieht. Ich wundere mich, dass sie sich auf EU-Ebene, zum Beispiel beim Ratsstreifen, dafür ausgesprochen hat, dass es bezüglich des Ausgangs der Wahlen keine Vorfestlegungen geben soll. So hat der Verhandlungsführer der Bundesre-

gierung auf Ratsebene argumentiert. Ich hätte gerne einmal eine Stellungnahme der Bundesregierung, wie sie denn dazu kommt, dass sie jetzt die Europäische Union dazu antreibt, keine Vorfestlegungen bezüglich der Bewertung der Wahlen durchzuführen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollegen Hänsel, kommen Sie bitte zum Schluss.

Heike Hänsel (DIE LINKE):

Ja. – Ich setze mich dafür ein, dass wir diese Wahlen insgesamt nicht anerkennen und dass wir damit die deutliche Botschaft in die Welt, nach Lateinamerika und nach Honduras aussenden: Die Zeit der Militärputsche in Lateinamerika muss vorbei sein.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Zu einer Kurzintervention hat der Kollege Stinner das Wort.

Dr. Rainer Stinner (FDP):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Sehr verehrte Kollegin, ich sage es jetzt zum vierten Mal – ich habe es zweimal in der Rede gesagt, ich habe es auf Nachfrage Ihrer Kollegin gesagt, und ich sage es Ihnen noch einmal –: Ich habe im Namen meiner Fraktion das Vorgehen gegen Herrn Zelaya verurteilt.

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich L. Kolb [FDP])

Aber ich sage Ihnen sehr deutlich: Sie machen wiederum etwas, was ich bei Ihnen schon vorhin kritisiert habe: Sie nehmen die Fakten nicht zur Kenntnis. FFP – faktenfreie Politik.

(Heiterkeit bei der FDP und der CDU/CSU)

Ich lese Ihnen einmal etwas vor: Am 24. März, über drei Monate vor dem Datum im Juni, hat Herr Zelaya ein Referendum angekündigt, und zwar ein Referendum auch über nichtreformierbare Artikel der Verfassung. Der Oberste Staatsanwalt – nicht das Militär, kein General – hat am 25. März eine Presseerklärung herausgegeben, in der er davor warnt, dass die angeordnete Volksbefragung einer verfassungsrechtlichen Prüfung nicht standhalte. Am 8. Mai leitete der Oberste Staatsanwalt des Staates Honduras ein Strafverfahren gegen die Exekutive aufgrund des fragwürdigen Dekrets dieser Regierung ein.

Am 20. Mai wies der Parlamentspräsident darauf hin, dass ein solches Referendum nicht verfassungskonform ist. Am 27. Mai erklärte der Oberste Gerichtshof das Präsidialdekret, bei dem es um das Referendum ging, aufgrund von Verfahrensfehlern für unwirksam. Ich überschlage einige weitere Daten, weil Sie sich so wieso nicht alles merken können.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP)

Irgendwann bemächtigte sich Herr Zelaya widerrechtlich der Wahlurnen und machte den Spruch, auf den ich eben hingewiesen habe. Außerdem gibt es die Aussage, dass Herr Zelaya vor dem Obersten Gerichtshof angeklagt wird. Das alles sind Dinge, die vor dem Putsch geschehen sind.

Nochmals, sehr verehrte Kollegin Hänsel: Das entschuldigt nicht das, was mit Herrn Zelaya passiert ist; aber es ist nun einmal der Vorlauf. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Noch einmal: Sie weisen keinen Weg in die Zukunft. Es geht uns um die Zukunft dieses Landes. Nur zu sagen: „Wir erkennen nichts an; wir machen so weiter; wir stürzen das Land ins Chaos“, kann keine Lösung sein.

Auch wir als Deutsche müssen unsere Verantwortung konstruktiv wahrnehmen. Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat die Kollegin Hänsel.

Heike Hänsel (DIE LINKE):

Herr Kollege Stinner, was die Fakten angeht, empfehle ich Ihnen, gleich im Anschluss an diese Sitzung ein Gespräch mit dem honduranischen Botschafter zu führen. Das wäre vielleicht überfällig; schließlich ist er hier, und Sie haben ihn bisher noch kein einziges Mal getroffen.

(Beifall bei der LINKEN)

Zunächst sollte man sich aus erster Hand informieren und nicht immer nur über die interpretierenden Meinungsträger der Friedrich Naumann-Stiftung.

Darüber hinaus möchte ich sagen: Es stimmt einfach nicht, dass Zelaya ein Referendum durchgeführt hat; ein Referendum hat nämlich bindende Wirkung. Zelaya hat eine Volksbefragung durchführen wollen, deren Ergebnis keine bindende Wirkung hat. Ihr Ergebnis sollte vielmehr eine Empfehlung an das Parlament sein, sich mit der Frage eines Referendums überhaupt erst einmal zu befassen. Das ist ein grundlegender Unterschied, und ich hoffe, dass Sie als Parlamentarier diesen Unterschied erkennen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Thilo Hoppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie haben vorhin behauptet, es sei um die Wiederwahl von Zelaya gegangen. Das stimmt ebenfalls nicht. Erst jetzt hätte man die Wahlurnen aufstellen können, um über eine verfassunggebende Versammlung abzustimmen. Zelaya hätte sowieso nicht die Möglichkeit gehabt, noch einmal anzutreten, da er nur eine Wahlperiode amtieren darf. Insofern verbreiten Sie hier nichts als Propaganda; auch die Friedrich Naumann-Stiftung streut ständig dergleichen. Ich hoffe auf ein sehr erhellendes Gespräch zwischen Ihnen und dem honduranischen Botschafter.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dringliche Frage, 2.12.2009

Illegitime Wahlen in Honduras nicht anerkennen

Heike Hänsel, entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, stellt in der Fragestunde des Bundestags die Dringliche Frage an die Bundesregierung, ob sie die unter illegitimen Bedingungen erfolgte Wahl am vergangenen Sonntag in Honduras anerkennen wird. Es antwortet Staatsminister Werner Hoyer (FDP):

Vizepräsident Dr. h.c. Wolfgang Thierse: Wir kommen damit zur dringlichen Frage der Kollegin Heike Hänsel von der Fraktion Die Linke:

Wird die Bundesregierung das Ergebnis der umstrittenen Präsidentschaftswahlen vom 29. November 2009 in Honduras anerkennen, obwohl sich der legitime Präsident Manuel Zelaya gegen die Anerkennung ausspricht, und, wenn ja, welche Gesichtspunkte haben sie dazu bewogen?

Zur Beantwortung steht der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Kollege Werner Hoyer, zur Verfügung. Bitte schön, Herr Hoyer.

Dr. Werner Hoyer, Staatsminister im Auswärtigen Amt: Vielen Dank. – Herr Präsident! Frau Kollegin Hänsel, die Frage lässt sich momentan noch nicht beantworten, weil die Bundesregierung natürlich im Einvernehmen mit den Partnern in der Europäischen Union handeln wird. Darüber sind noch Gespräche in Brüssel im Gange. Die Präsidentschaft hat gestern eine Erklärung abgegeben; aber es gibt noch keinen Konsens im Rat der Europäischen Union, und deswegen ist es noch etwas verfrüht, diese Frage zu beantworten.

Wir sind uns, glaube ich, einig, dass es jetzt darum geht, die Krise in Honduras zu überwinden. Es hat eine schwere Krise der Demokratie, der rechtsstaatlichen Ordnung und der Stützen seiner Verfassung gegeben.

Es bestand sogar das Risiko bürgerkriegsähnlicher Auseinandersetzungen. Das hat die Bundesregierung früh mit Sorge erfüllt, und deswegen haben wir uns frühzeitig für eine politische Lösung dieser Verfassungskrise eingesetzt.

Das bezieht sich sowohl auf den Plan, der vom costa-ricanischen Staatspräsidenten Arias vorgetragen worden war, als auch auf die Vereinbarung, die durch Vermittlung der Vereinigten Staaten von Amerika zustande gekommen war, also auf das Abkommen von Tegucigalpa/San José.

Dass die Wahlen, soweit wir das beurteilen können, einigermaßen friedlich über die Bühne gegangen sind, dass es ein klares Ergebnis bei einer beachtlichen Wahlbeteiligung gegeben hat, das kann ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur Überwindung der Krise in Honduras sein. Es kommt jetzt aber auch darauf an, dass die Verfassungsorgane in Honduras selber ihren Beitrag zur Überwindung der Krise leisten. Das gilt übrigens ausdrücklich auch für denjenigen, der diese Wahl gewonnen hat. Auch an ihm wird es liegen, ob jetzt Versöhnungssignale ausgesendet werden.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse: Kollegin Hänsel, haben Sie eine Nachfrage?

Heike Hänsel (DIE LINKE): Ja. – Danke schön, Herr Staatsminister, für die Antwort. – Mich verwundert es allerdings, dass die Bundesregierung noch keine eindeutige Bewertung vorgenommen hat. Die Wahlen fußen auf dem Unrecht des Putsches, also des Staatsstreiches, und zusätzlich auf dem Bruch des Abkommens vom 30. Oktober 2009. In diesem Abkommen ist festgehalten worden – das war ein Kompromiss zwischen der Regierung Zelaya und dem Putschregime –: Wir stellen die Situation vor dem Putsch wieder her, das heißt, Zelaya wird in sein Amt wieder eingesetzt, und erst dann können unter internationaler Beobachtung faire und demokratische Wahlen stattfinden. Diese Voraussetzungen sind nicht erfüllt worden. Daher gibt es international eine Mehrheit, die das Wahlergebnis im Moment nicht anerkennen möchte. Mich wundert, wie Sie zu dem Urteil kommen, es sei zu früh, sich festzulegen.

Dr. Werner Hoyer, Staatsminister im Auswärtigen Amt: Erstens. Wir werden uns zu dieser Frage äußern, allerdings gemeinsam mit unseren Partnern. Wir können nicht ständig von Gemeinsamer Europäischer Außen- und Sicherheitspolitik reden und dann aber national entscheiden, wenn es konkret wird.

Zweitens. Die internationale Bewertung ist sehr unterschiedlich. Der Obersatz ist: Herstellung von Frieden und Rechtsstaatlichkeit in Honduras und der Region. Deswegen sind übereilte Schritte völlig unangemessen.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse: Eine zweite Nachfrage?

Heike Hänsel (DIE LINKE): Ja. – Sie haben die europäischen Partner angesprochen. Sicherlich ist Ihnen die Haltung der spanischen Regierung bekannt: Sie hat sich dezidiert dagegen ausgesprochen, das Wahlergebnis anzuerkennen. Im Ausschuss, auch im AMLAT-Ausschuss, war es eher so, dass die Bundesregierung auf keine Festlegung gedrängt hat, dass es sich insofern um eine genuin deutsche Position handelt, die man in der Europäischen Union durchfechten möchte. Ich frage mich, ob Sie das unter „europäischer Partnerschaft“ verstehen.

Sie haben zwar keine Wahlbeobachter nach Honduras geschickt; im Nachhinein wollen Sie das Wahlergebnis aber anerkennen. Mich interessiert, auf welcher Grundlage diese Anerkennung stattfinden soll, wenn Sie nicht einmal Zugang zu unabhängigen Informationen haben über den Ablauf der Wahlen, über massive Einschüchterungen und Menschenrechtsverletzungen, die damit einhergingen.

Dr. Werner Hoyer, Staatsminister im Auswärtigen Amt: Die Bundesregierung übersieht keineswegs, dass es vor und während der Wahlen Vorgänge gegeben hat, die mit unserem Rechtsstaatsverständnis nicht vereinbar sind; das ist völlig klar. Zur Frage, wie sich welcher Staat in der Europäischen Union verhält – Sie sind offenbar informiert über die einzelnen Positionen der Mitglieder des Rates –, muss ich Ihnen sagen: Das kann die Bundesregierung öffentlich nicht bewerten.

Die spanische Regierung hat öffentlich gesagt: Wir wollen das, was dort stattgefunden hat, jetzt zwar nicht anerkennen, aber auch nicht ignorieren. Auch das muss man ernst nehmen. Das ist ein Beitrag zu einem Prozess im Rat der Europäischen Union, der am Ende zu einer gemeinsamen Position führen wird. Das sollte man nach meiner festen Überzeugung allerdings erst dann ausformulieren, wenn das stattgefunden hat, was

heute in Tegucigalpa auf der Tagesordnung steht, nämlich die entscheidende Sitzung des Kongresses, des Parlaments von Honduras. Wir erwarten von dieser Sitzung Signale im Hinblick auf eine Befriedung der Situation im Lande und sollten das jetzt nicht durch einseitige Festlegung stören.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse: Kollege Liebich.

Stefan Liebich (DIE LINKE): Herr Staatsminister, können Sie hier im Plenum des Deutschen Bundestages die Aussage des Vertreters der Bundesregierung im Auswärtigen Ausschuss bestätigen, dass die Wahlen frei und fair verlaufen seien, wiewohl Sie doch wissen, dass in dem Land Ausnahmezustand herrscht, dass die Medien nicht frei arbeiten können, dass es Verhaftungen gab und einen solchen Umgang mit Oppositionellen, der keinesfalls einen demokratischen Wahlkampf ermöglicht hat?

Angesichts solcher Bedingungen können Sie doch nicht tatsächlich glauben – unter dem Obersatz: Es muss Ruhe und Frieden geben –, dass diese Wahlen frei und fair gewesen sind.

Dr. Werner Hoyer, Staatsminister im Auswärtigen Amt: Es gab Begleitumstände dieser Wahl, die auch mir nicht gefallen haben. Das habe ich eben in meiner Antwort auf die Frage der Kollegin Hänsel auch klar gesagt. Allerdings muss man die Gesamtumstände würdigen, und zwar nicht nur bei diesem konkreten Fall, sondern bei Wahlvorgängen insgesamt. Wenn wir bei allen Wahlen, die auf dieser Welt stattfinden, die Kriterien anwenden würden, die wir in Deutschland im Hinblick auf Fairness und Korrektheit anwenden, dann würden wir ziemlich wenige Staatspräsidenten auf dieser Welt anerkennen können.

(Zuruf des Abg. Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deswegen kann das nicht der Weg sein. Man muss eine Abwägung vornehmen und zum Beispiel prüfen: Ist die Wahlbeteiligung drastisch geringer als erwartet? Hier trifft das im Ergebnis nicht zu. Sie entsprach genau der Wahlbeteiligung, die es seinerzeit bei der Wahl von Zelaya gegeben hat. Damals hat sich keiner darüber aufgeregt. Gibt es Einschränkungen der Meinungsfreiheit vor der Wahl? Ja, diese hat es gegeben. – All das geht insofern in die Bewertung mit ein.

Unter dem Strich – das habe ich Ihnen gesagt – ist festzuhalten, dass sich die Bundesregierung nicht endgültig festgelegt hat. Das Kriterium für das, was die Bundesregierung als eigene Beiträge im Rat der Europäischen Union leistet, ist: Kommen wir einer Entwicklung hin zu Frieden und Versöhnung in Honduras näher oder nicht? Wenn es nicht gelingt, zu einer solchen Entwicklung zu kommen, habe ich große Sorge im Hinblick auf die Zukunft dieses Landes, aber auch der Region.

Menschenrechte dürfen nicht neoliberaler Freihandelspolitik geopfert werden

In der menschenrechtspolitischen Debatte am 04. Dezember 2009 erklärte Annette Groth, die menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Eine Milliarde Menschen leiden heute, im Jahr 2009, an Hunger. Das ist jeder sechste Mensch auf diesem Planeten. Damit wird das Menschenrecht auf Nahrung milliardenfach verletzt. Besonders pervers ist, dass ein Großteil der Hungernden Bäuerinnen und Bauern sind. Da werden billige europäische Agrarprodukte auf afrikanische Märkte geschwemmt und machen so die lokale Erzeugung kaputt. Das ist ganz unbestreitbar eine der negativen Folgen der europäischen Freihandelspolitik.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Gestern haben uns kolumbianische Gewerkschafterinnen dringend gebeten, Einfluss auf die Bundesregierung zu nehmen, um das geplante EU-Freihandelsabkommen zu verhindern. Unter Staatspräsident Uribe hat sich die Menschenrechtsslage massiv verschlechtert. Insbesondere Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter werden bedroht. 35 Gewerkschaftsführer sind in diesem Jahr umgebracht worden. Katastrophal ist die Menschenrechtsslage auch in der Demokratischen Republik Kongo, vor allem für Frauen.

Jeden Tag werden im Ostkongo mindestens 40 Frauen Opfer von Gewalt. Die über 17 000 Blauhelme der größten UN-Friedensmission, MONUC, haben es in zehn Jahren nicht geschafft, das Land zu befrieden. Im Gegenteil, sie sind Teil des Problems. Die Erfahrungen in Afghanistan zeigen, dass militärische Mittel völlig ungeeignet sind, Demokratie und Menschenrechte durchzusetzen. Darüber haben wir gestern viel debattiert.

(Beifall bei der LINKEN)

Im Koalitionsvertrag ist Menschenrechtspolitik – das können Sie nachlesen – nur eine Randnotiz.

(Marina Schuster [FDP]: Jetzt müssen Sie aber bei der Wahrheit bleiben!)

Als politische Ziele werden benannt: Abschaffung von Todesstrafe und Folter, Verbot des Einsatzes von Kindersoldaten und die Bekämpfung von Zwangsprostitution, Zwangsheirat und Genitalverstümmelung. So weit, so gut. Um die Lage der Menschen aber effektiv zu verbessern, braucht es eine aktive Friedenspolitik und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung.

(Beifall bei der LINKEN)

Nur so kann die tödliche Spirale von Armut, Gewalt und Menschenrechtsverletzungen durchbrochen werden. Völlig inakzeptabel ist, dass Folter im Kampf gegen Terrorismus und als Mittel zur Informationsbeschaffung eingesetzt wird. Hier wird deutlich, dass die Menschenrechte immer weiter ausgehöhlt werden. Dies können und dürfen wir nicht länger hinnehmen. Das Folterverbot muss für alle gelten; denn „die Würde des Menschen ist unantastbar“.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Dr. Frithjof Schmidt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dem höchst profitablen internationalen Menschenhandel ist nur durch eine konsequente internationale Strafverfolgung beizukommen. Die Rekrutierung von Kindersoldaten ist eine der schlimmsten Formen von Menschenrechtsverletzungen, die ebenso konsequent verfolgt und bestraft werden muss, auch wenn die Täter internationale Bedienstete oder UN-Soldaten sein sollten.

(Beifall bei der LINKEN)

Skandalös für die Europäische Union ist, dass sie Flüchtlinge, die aus purer Not Schutz bei uns suchen, sehenden Auges im Mittelmeer umkommen lässt oder sie in unsichere Drittstaaten abschiebt. Statt kostspieliger Grenzkontroll-, Überwachungs- und Datenerfassungssysteme zur Abwehr sogenannter illegaler Migration fordert die Linke eine humanitäre Flüchtlingspolitik auf der Grundlage verbriefter Menschenrechte sowie eine effektive Bekämpfung von Armut und Hunger als Ursachen von Flucht.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Linke fordert von der deutschen Außen-, Wirtschafts- und Innenpolitik die uneingeschränkte Einhaltung der Menschenrechte, die nicht länger der neoliberalen Freihandelspolitik geopfert werden dürfen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Antrag, 15.12.2009

Nein zur Todesstrafe in den USA – Hinrichtung von Mumia Abu-Jamal verhindern

Antrag der Abgeordneten Annette Groth, Katrin Werner, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dagdelen, Dr. Diether Dehm, Wolfgang Gehrcke, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Harald Koch, Stefan Liebich, Niema Movassat, Thomas Nord, Paul Schäfer (Köln), Alexander Ulrich, Dr. Gregor Gysi und der Fraktion DIE LINKE. (BT-Drucksache 17/236)

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die Todesstrafe ist mit humanistischen Grundeinstellungen in einer Gesellschaft nicht vereinbar. Sie negiert das elementare Menschenrecht auf Leben und ist eine Form besonders unmenschlicher, grausamer und erniedrigender Behandlung. Die Einhaltung der Menschenrechte und die gleichzeitige Verhängung der Todesstrafe schließen sich aus.
2. Der Deutsche Bundestag unterstützt die weltweiten Solidaritätsbekundungen von Institutionen, Organisationen und Einzelpersonen, die akut drohende Hinrichtung des im US-Bundesstaat Pennsylvania in der Todeszelle einsitzenden afro-amerikanischen Journalisten Mumia Abu-Jamal zu verhindern. Der Deutsche Bundestag nimmt mit großer Sorge zur Kenntnis, dass durch die aktuelle Rechtslage die Vollstreckung der Todesstrafe für Mumia Abu-Jamal unmittelbar droht, falls der Supreme Court der Vereinigten Staaten dem diesbezüglichen Antrag der Staatsanwaltschaft stattgibt.
3. Der Deutsche Bundestag unterstützt die Resolutionen von Städten und Gemeinden, aber auch der Bremischen Bürgerschaft, die sich dem Städtebündnis gegen die Todesstrafe und mit dem beschlossenen Dringlichkeitsantrag „Einsatz für die Abschaffung der Todesstrafe und ihrer Vollstreckung“ der bundesweiten Kampagne zur Abwendung der Vollstreckung des Todesurteils an Mumia Abu-Jamal angeschlossen haben.
4. Der Deutsche Bundestag nimmt erfreut zur Kenntnis, dass die Stadt Paris Mumia Abu-Jamal zum Ehrenbürger ernannt hat, und ermuntert auch Gebietskörperschaften in Deutschland, über eine solche Ehrung nachzudenken.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich nachdrücklich gegenüber der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika für die Rettung des Lebens des US-amerikanischen Journalisten Mumia Abu-Jamal einzusetzen und im Rahmen der

Möglichkeiten des US-Rechts eine Begnadigung oder die Umwandlung der Todesstrafe in eine Haftstrafe zu erwirken.

2. sich dafür einzusetzen, dass alle Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten einen gemeinsamen Appell zur Rettung des Lebens von Mumia Abu-Jamals, beschließen.
3. den USA anzubieten, Mumia Abu-Jamal in Deutschland Aufnahme zu gewähren.
4. sich in Gesprächen auf bilateraler Ebene und im Rahmen der EU gegenüber den USA für ein umgehendes Moratorium als ersten Schritt zur Abschaffung der Todesstrafe einzusetzen.

Rede im Bundestag, 18.12.2009

Nein zur Todesstrafe in den USA - Hinrichtung von Mumia Abu-Jamal verhindern

Anlässlich der Debatte über Fragen der Menschenrechte und der Einbringung des Antrages der Fraktion DIE LINKE "Nein zur Todesstrafe in den USA - Hinrichtung von Mumia Abu-Jamal verhindern", sprach die Menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Annette Groth:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Herr Strässer, ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie auf den äußerst kritischen Zustand von Frau Haidar hingewiesen haben. Sie wissen aber vielleicht nicht, dass die geplante Debatte über Aminatou Haidar heute von der Tagesordnung des Europäischen Parlaments genommen worden ist – ich habe heute Nachmittag eine Meldung aus Brüssel erhalten – und zwar auf Initiative Ihres Parteikollegen, Herrn Martin Schulz.

(Christoph Strässer (SPD): Da müssen wir was tun!)

Martin Schulz hatte dies beantragt, damit die Gespräche der EU mit Marokko in diesem Fall nicht gestört werden. Ich finde das wirklich geradezu skandalös. Grüne, Liberale und GUE/NGL hatten sich vergeblich gegen eine Absetzung ausgesprochen und protestieren gerade in Straßburg. So viel dazu. Die Menschenrechte werden in diesem speziellen Fall zurzeit also wirklich mit Füßen getreten.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Christoph Strässer (SPD): Ja, scheiße!)

Sie sagen es.

Nun aber zu den Anträgen. Die Menschenrechtssituation in Sri Lanka hat sich nach dem Sieg über die LTTE für die Tamilen keineswegs verbessert. Unter internationalem Druck durften seit Ende Oktober mehr als 100 000 Tamilen in ihre Heimatdörfer zurückkehren, wo die Mehrheit allerdings unter höchst ärmlichen Bedingungen lebt. 160 000 Menschen vegetieren immer noch in Flüchtlingslagern. Um Druck auf die Regierung Sri Lankas auszuüben, fordert Bündnis 90/Die Grünen, die erweiterten europäischen Handelspräferenzen auszusetzen. Die Linke unterstützt diese Forderung und stimmt darum dem Antrag zu.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun zum Antrag der SPD. Die SPD lobt in ihrem Antrag die ehemalige CDU/CSU-SPD-Regierung, weil sie entwicklungspolitische Aktionspläne für die Menschenrechte vorgelegt hat, durch die die Menschenrechte in der Entwicklungszusammenarbeit eine viel stärkere Rolle spielen sollten als bisher. Tatsache ist aber – das wissen Sie so gut wie ich –, dass sich Armut und auch die Menschenrechtssituation in vielen Ländern weiter verschärft haben.

(Sibylle Pfeiffer (CDU/CSU): Dann haben Sie aber noch keines dieser Projekte gesehen, liebe Frau Kollegin!)

Gegen die starken Proteste von Regierungen und Bevölkerung der sogenannten Entwicklungsländer hat die damalige Große Koalition in der EU-Kommission auf die Durchsetzung der umstrittenen EU-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit den Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik und der EU-Freihandelsabkommen gedrängt. Darum wird sich die Linke in der Abstimmung über den Antrag enthalten.

Dem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zu Lateinamerika können wir nicht zustimmen. Die spanische Regierung hat sich für ihre Bemühungen um bessere Beziehungen zu Kuba und zu Venezuela den Widerstand der konservativen Regierungen in der EU eingehandelt. Wollen sich Bündnis 90/Die Grünen dieser Kritik anschließen? Der Antrag suggeriert dies vor allen Dingen in dem Begründungsteil über Kuba und Venezuela.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Raabe?

Annette Groth (DIE LINKE): Ungern, aber ja.

Dr. Sascha Raabe (SPD): Frau Kollegin, ich will Ihnen nur die Zustimmung zu unserem Antrag leichter machen, weil Sie sagten, Sie würden sich nur wegen der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen enthalten. Wir haben in unseren Anträgen die Bundesregierung mehrmals aufgefordert – das haben wir auch im Bundestag gemeinsam beschlossen –, dass in diesen Partnerschaftsabkommen die Fragen der Menschenrechte und der ökologischen und sozialen Standards eine besondere Rolle spielen sollen und dass es keine reinen Wirtschaftsabkommen sein sollen. Von daher ist das eine Frage der Handelspolitik der Europäischen Union. Aber der Deutsche Bundestag und die Sozialdemokratische Partei haben sich auch in der Großen Koalition immer dafür eingesetzt, dass diese Aspekte eine Rolle spielen. Dabei haben wir die Bedenken der Zivilgesellschaft immer sehr ernst genommen; dies werden wir auch weiterhin tun. Jetzt können Sie unserem Antrag in Ruhe zustimmen.

Annette Groth (DIE LINKE): Nein, das stimmt nicht, lieber Herr Raabe. Ich kenne mich in der Handelspolitik ziemlich gut aus, wie Sie vielleicht wissen. Wenn man Länder zu weiteren Marktöffnungen für europäische Produkte und zu weiteren Zollsenkungen zwingt, dann ist die Spirale nach unten vorprogrammiert. Genau darauf haben die Regierungen der AKP-Staaten und die Organisationen der Zivilgesellschaft immer wieder hingewiesen, und deshalb haben sie einen totalen Stopp der Verhandlungen gefordert. Das hat Ihre damalige Ministerin, Frau Wieczorek-Zeul, aber nicht zugelassen. Sie hat sich im Gegensatz zu anderen Regierungen der EU nie dafür eingesetzt.

(Beifall bei der LINKEN - Dr. Sascha Raabe (SPD): Dann haben Sie vier Jahre geschlafen!)

Ich komme noch einmal darauf zu sprechen, weil es auch in dem Antrag der Grünen darum geht.

Wir kritisieren schon seit langem die ganzen Assoziierungs-, Freihandels-, Wirtschaftspartnerschaftsabkommen und wie sie alle heißen, vor allen Dingen mit den Staaten Lateinamerikas und Zentralamerikas. Wie ich eben bereits gesagt habe, lehnen wir die Verhandlungen ab, weil die von der EU angestrebten Freihandelsabkommen eine eigenständige Entwicklung dieser Länder verhindern. Buchstäblich alle Ressourcen wie Flüsse und Bodenschätze könnten dann von europäischen Konzernen kontrolliert werden. Damit würde der einheimischen Bevölkerung die Lebensgrundlage entzogen.

Jetzt komme ich zu unserem eigenen Antrag „Nein zur Todesstrafe in den USA - Hinrichtung von Mumia Abu-Jamal verhindern“. Mit diesem Beispiel wollen wir an die Tausenden von Menschen erinnern, die in den Todeszellen schmachten. Die Todesstrafe negiert das elementare Menschenrecht auf Leben. Wir sind der Überzeugung, dass sich die Einhaltung der Menschenrechte und die Verhängung der Todesstrafe gegenseitig ausschließen.

Am 9. Dezember vor 28 Jahren wurde der Afroamerikaner Mumia Abu-Jamal für einen Mord, der nie aufgeklärt wurde, zum Tode verurteilt.

(Holger Haibach (CDU/CSU): Komisch ist, dass Ihnen das bei China nie einfällt!)

Seit 28 Jahren schreibt er in der Todeszelle gegen Rassismus, Krieg und ein diskriminierendes Justizsystem. Aus der Todeszelle hat Mumia eine persönliche Nachricht an den Deutschen Bundestag geschickt. Ich zitiere:

"An die ehrenwerten Mitglieder des Deutschen Bundestages: Können Sie sich vorstellen, was es bedeutet, zum Tode verurteilt zu sein? Können Sie sich vorstellen, dass man Ihnen mitteilt, wie Sie hingerichtet werden, dass Sie aber Jahr um Jahr auf den Tod warten müssen? Dies ist die Situation von mehr als 3 000 Menschen, die sich in den US-Todestrukten befinden, und von über 20 000 Männern, Frauen und Kindern, die weltweit auf ihre Hinrichtung warten. Ich warte jetzt schon fast drei Jahrzehnte darauf, meinem Henker zu begegnen. Rassismus durchzieht meinen Fall seit meiner Verhaftung im Jahr 1981 bis heute."

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse: Frau Kollegin, Sie müssen zum Ende kommen. Sie haben schon deutlich überzogen.

Annette Groth (DIE LINKE): Aber durch die Zwischenfrage hat sich meine Redezeit verlängert.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse: Nein, ich habe die Zeit während der Zwischenfrage angehalten.

Annette Groth (DIE LINKE): Ich möchte wenigstens das Zitat von Mumia Abu-Jamal zu Ende bringen.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse: Nein, Sie müssen zum Ende kommen.

Annette Groth (DIE LINKE): Ich zitiere weiter:

"Die Todesstrafe ist ein Unrecht für jeden Menschen und muss abgeschafft werden. Wir in den Todestrukten brauchen Ihre Hilfe. Mumia Abu-Jamal, 15. Dezember 2009."

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Entwicklungspolitische Rundbrief wird herausgegeben von:

Heike Hänsel, MdB

Annette Groth, MdB

Niema Movassat, MdB

Entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Obfrau der Fraktion im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Obfrau der Fraktion im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Mitglied im Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Deutscher Bundestag

Deutscher Bundestag

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

Platz der Republik 1

Platz der Republik 1

11011 Berlin

11011 Berlin

11011 Berlin

Telefon: 030 – 227 73179

Telefon: 030 – 227 77207

Telefon: 030 – 227 71760

Fax: 030 227 – 76179

Fax: 030 – 227 76207

Fax: 030 – 227 76663

heike.haensel@bundestag.de

annette.groth@bundestag.de

hueseyin.aydin@bundestag.de

Mitarbeiter/innen:

Mitarbeiter/innen:

Mitarbeiter/innen:

Dr. Birgit Bock-Luna

Uwe Hicksch

Manuel Faber

Henning Zierock

Christine Scherzinger

Alexandra Safi

Tanja Tabbara

Kim Weidenberg

Entwicklungspolitischer Referent der Fraktion DIE LINKE: Dr. Alexander King

Telefon: 030 – 227 52 802

Email: alexander.king@linksfraktion.de